

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Die Zeitungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanfragen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Abdruckkosten für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, Restamtsposten 10 Pfennige, auswärts 15 Pfennige. Anzeigen in den Sonntagsnummern 1 Reichsmark, sämtliche Zeilen 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1090

Nr. 122

Mittwoch, den 29. Mai 1929

24. Jahrgang

### Die Sachverständigenverhandlungen

Die Agentur Habas berichtet über den Stand der Reparationsverhandlungen, daß der Meinungsaustausch von Delegation zu Delegation unter den Sachverständigen der Alliierten fortgesetzt wurde. Bis jetzt sei jedoch die Antwort des deutschen Delegierten Dr. Schaft auf das Memorandum der Alliierten nicht eingegangen.

Hierzu muß wiederholt bemerkt werden, daß die alliierten Delegationen ein Memorandum der deutschen Delegation gar nicht erwarten können, da sie ausdrücklich darum gebeten haben, keine schriftliche Antwort zu geben, bevor man die Situation in Vorgesprächen vor Delegation zu Delegation nicht geklärt habe. Das Mandat der französischen Presse, die deutsche Delegation als im Bezug befindlich zu bezeichnen, muß also entschieden zurückgewiesen werden. Wie wenig übrigens die Lage unter den Gläubigerdelegationen geklärt ist, darüber berichtet das Journal des Débats, die amerikanische Delegation verfolge verschiedene Ansätze auf neuen Grundlagen zu entwerfen. Zu diesem Zwecke habe Owen Young Vorgesprächen mit den Mitgliedern der alliierten Delegationen geführt.

Gestern nachmittag stattete der Sekretär der französischen Delegation, Quessan, der deutschen Delegation einen Besuch ab. Hieraus ergibt sich, daß die Verhandlungen über eine Lösung des Zahlungsproblems fortgesetzt werden. Die allgemeine Ansicht in Konferenzkreisen geht dahin, daß im Laufe dieser Woche die Entscheidung fallen muß.

### Die Reichsregierung gegen Sensationsgerüchte

Reichsaussenminister Dr. Stresemann äußerte sich gestern vor einem größeren Kreis von Pressevertretern zu den verschiedenen Anlässen und Sensationsberichten, die in den letzten Tagen durch einen Teil der deutschen Presse gegangen sind. Er stellte dabei zunächst fest, daß sowohl bezüglich eines angeblichen Auftrages, den der frühere Staatssekretär v. Kahlmann in Paris gehabt habe, wie bezüglich des Rücktritts Dr. Böglers die Dementis der Reichsregierung ad hoc korrekt gewesen seien. Von den Schritten Kahlmanns, Reichbergs und irgendwelcher Dritter ist an keiner Stelle der Reichsregierung etwas bekannt gewesen, nach weniger ist irgend ein Auftrag erteilt worden. Und am allerwenigsten, wie das von einigen Reichsblättern zunächst behauptet und dann in mehr oder weniger gemildeter Form, durch Einfügung ungenannter dritter Persönlichkeiten wieder zurückgenommen worden war, ist irgendwie in Paris bekanntgegeben worden, daß das Mandat über die von den deutschen Sachverständigen als Höchstgrenze der deutschen Leistungsfähigkeit errechneten Röhren hinausgehen würde. Dr. Stresemann stellt für sämtliche ver-

antwortlichen Beamten des Auswärtigen Amtes diese Behauptung auf das Entschiedenste als Unwahrheit fest, die er im Wiederholungsfalle als eine bewusste Unwahrheit kennzeichnen werde. Rücktrittsabsichten Dr. Böglers waren von ihm schon früher in einem Briefe, den er selbst ausdrücklich zurückgenommen hatte, bekanntgegeben worden. Sie mußten deshalb dementiert werden bis zu dem Augenblick, wo er aus Grund der neuen, den Young-Plan übersteigenden Pariser Gegenforderungen tatsächlich seinen Rücktritt erklärte. Es bleibt von den ganzen Kombinationen nach den eindrucksvollen, zum Teil wirksam belegten Ausführungen Dr. Stresemanns auch nicht das Geringste übrig, und er rückt auch von der Behauptung entschieden ab, wonach Dr. Böglers unter dem Druck einer Industriegruppe gehandelt habe. Daß die für die Reparationsfrage zuständigen drei Reichsressorts untereinander besondere Fühlung in dieser Frage halten, übrigens meist in Gegenwart des Reichskanzlers, ist eine Selbstverständlichkeit. Daraus den Begriff einer „Nebenregierung“ herzuleiten, ist bayer Unfug.

### Eine Erklärung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Dem Reichsverband der Deutschen Industrie geht uns die folgende Erklärung zu:

Auf Grund tendenziöser und wahrheitswidriger Presseäußerungen stellt sich der Reichsverband der Deutschen Industrie zu folgenden Feststellungen veranlaßt:

1. Wie der Reichsverband der Deutschen Industrie bereits zu Beginn der Pariser Sachverständigen-Verhandlungen in der Presse ausdrücklich festgestellt hat, sind die beiden ihm nachstehenden Sachverständigen nicht als Beauftragte seiner Organisation anzusehen, sondern sie sind von der Reichsregierung ausdrücklich als unabhängige Sachverständige mit eigener Verantwortung und voller Freiheit der Entschliessung bestellt worden.

2. Seit Beginn der Pariser Verhandlungen haben die Organe des Reichsverbandes der Deutschen Industrie keinerlei Verhale gemacht, auf den Gang der Pariser Verhandlungen oder auf die Haltung der einzelnen Sachverständigen irgend einen Einfluß auszuüben. Es haben auch keinerlei Aussprachen unter Hinzuziehung von beherrschenden Vertretern stattgefunden, sodas die Annahme der Teilnahme des Reichsministers der Finanzen an einer solchen Besprechung im Dienste oder außerhalb des Hauses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nicht zutrifft.

3. Der Reichsverband der Deutschen Industrie kann und wird zu den Pariser Sachverständigen-Beratungen erst dann Stellung nehmen, wenn das Ergebnis endgültig feststeht und die für eine Beurteilung erforderlichen Unterlagen bekannt geworden sind. Diesen Standpunkt hat der Reichsverband erst heute erneut in einem Rundschreiben seinen Mitgliedern gegenüber vertreten.

4. Der Reichsverband der Deutschen Industrie spricht im übrigen kein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß in der deutschen Oeffentlichkeit gegen die deutschen Sachverständigen unzulässige und herabsetzende Angriffe erhoben worden sind.

### Der sozialdemokratische Parteitag

Die eigentlichen Parteitagarbeiten des Sozialdemokratischen Parteitages wurden gestern vormittag begonnen. Den Vorsitz der Verhandlungen führte zunächst der Abg. Wittmann. Im Beginn der Sitzung nahmen Vertreter ausländischer Parteien das Wort. Weiter wurde eine Reihe von Begrüßungstelegrammen und Begrüßungsschreiben bekannt gegeben. Den Bericht des Parteivorstandes erstattete sodann das Vorstandsmittglied Vogel, der u. a. ausführte:

#### Der Eintritt in die Regierung

erfolgte in der denkbar ungünstigsten Zeit. Das erste Jahr Regierungstätigkeit war gewiß nicht geeignet, Begeisterung für die Beteiligung der Partei an der Regierung auszulösen. Es gibt aber nur zwei Möglichkeiten: eine rein bürgerliche Regierung oder eine Regierung, in der die Sozialdemokraten möglichst stark vertreten sind. Der Klassenkampfcharakter der Partei kann durch das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien nicht verwischt werden. Es kommt allein darauf an, diesen Kampf konkret auf die Ziele zu stellen. Für die Reichstagsfraktion liegt in der

#### Banzerkreuzerfrage

bereits eine klare Entscheidung vor. Sie wird auch die zweite Rate ablehnen. Wie aber sollen sich unsere Minister verhalten, nachdem sich auch im neuen Reichstage eine Mehrheit für den Weiterbau des Banzerkreuzers gefunden hat? Würde man sie zwingen, mit der Fraktion zu stimmen, so würde das ein Ausschleiden unserer Minister aus der Regierung bedeuten. Eine neue Dauerreise schlimmster Auswüchsen wäre die Folge. Der Parteivorstand beantragte deshalb, alle Anträge, die sich mit dem Banzerkreuzer beschäftigen, abzulehnen. Der Redner beschäftigte sich dann mit dem

#### Einheitsstaat

und erklärte, es sei eine große Gegenwartsfrage der kommenden Jahre, den Weg des Einheitsstaates eingeschlossen zu betreten. Der Redner teilte weiter mit, daß zur besseren Propa-

gierung des Agrarprogramms der Partei eine dem Parteivorstand angegliederte Zentralfelle geschaffen werden soll.

Abg. Konrad Ludwig berichtete sodann über Organisationsfragen und die Massenverhältnisse. Der Mitgliederbestand der Partei betrug am 1. April 1928 303 303 Beitrag zahlende Mitglieder, darunter mehr als 200 000 Frauen. Gegenüber dem stielier Parteitag hat sich der Mitgliederbestand um 126 000 vermehrt. Die Parteieinnahmen aller Bezirke betragen 1928 10,5 Millionen Mark, wovon fast 7 Millionen auf Mitgliederbeiträge entfallen. Die Berichte der einzelnen Bezirke haben überall eine Zunahme der Mitglieder ergeben.

Nach Erledigung der Besichterstattungen des Parteivorstandes begann die Aussprache, mit der die grundsätzliche Frage verbunden worden ist:

#### ob sich die Partei an Koalitionen beteiligen soll oder nicht.

Für Banzerkreuzerfrage, die gleichfalls in diesem Zusammenhang behandelt werden soll, ist inzwischen von den Abgeordneten Künzler und Pletze ein neuer Antrag eingegangen, der fordert, daß auch die sozialdemokratischen Minister die zweite Rate für den Banzerkreuzer abzulehnen und sich der Fraktionsdisziplin zu fügen haben. Für diesen Antrag wird gleichzeitig namentliche Abstimmung verlangt.

Ferner ist von den Abgeordneten Künzler und Frau Sender ein Antrag eingegangen, in dem eine Anzahl Forderungen aufgestellt sind, u. a. gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, völlige Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung durch Beitragserhöhung, Ausbau der Invalidenversicherung, Verwendung etwaiger Ersparnisse bei der Reparationsregelung zur Senkung des Haushalts, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Senkung der Wassersteuern. Zum Schluß wird erklärt, daß die Partei an einer Koalition, die eine Verwirklichung dieser Forderungen nicht zuläßt, kein Interesse haben könne.

Die Aussprache eröffnete Wälder-Mitteilung, ein Vertreter der Jugend, der

eine außerordentlich temperamentsvolle Angriffsrede hielt, die nicht ungeschickten Beifall fand. Auch Wendt-Berlin

testifizierte die Koalitionspolitik. Sehr lebhaft opponierte dann der Verleger des „Klassenkampf“ Seidewitz-Hwidau. Er betonte ebenso wie der Redner, daß der Opposition jede Spaltungsabsicht fernliege, und wandte sich gegen die Koalition, in der heute wohl niemand mehr die Freude habe, die viele im Jahre 1928 gehabt hätten. Nach Seidewitz-Hwidau sprachen in ähnlichem oppositionellem Sinne Eckstein (Dresden) und Ziegler (Dresden). Eckstein begründete einen zusammen mit Fleißner neu eingebrachten Antrag, in dem die Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister verlangt wird. Weikmann (Dresden) sprach vor allem über die Schulen. Auch heute habe man in der Schule noch eine nationalitätliche, christliche und bürgerliche Erziehung.

#### Abgeordneter Sollmann setzte sich für die offizielle Parteipolitik

ein. Er erklärte, man dürfe nicht den Reaktionsvorstehenden Müller mit dem Reichskanzler gleichsetzen. Der Reichstag habe den Ministern den Auftrag erteilt, den Banzerkreuzer zu bauen. Mit erhobener Stimme erklärte Sollmann, man dürfe nicht vergessen, daß man das Vertrauen zur Partei auch erschüttern könne durch verantwortungslose Kritik. Den größten Teil seiner Ausführungen widmete der Redner der Duldbarkeit innerhalb der Partei. Wie könne eine ökonomisch-politische Partei den Atheismus verlangen? Wir wollen den Sozialismus, und dieser ist in erster Linie ein Produkt der Produktion und der Organisation. In vielen kirchlichen Kreisen gibt es bereits Sozialisten, ja es gibt sogar katholische Priester, die aus ihrer katholischen Weltanschauung heraus den Klassenkampf bejahen. Hüten wir uns, sagte Sollmann, als politische Partei einseitig zu werden; hüten wir uns auch vor geistiger Erstarrung. Die neue Wissenschaft hat heute ein ganz anderes Gesicht als vor 40 Jahren.

Mit der Rede Sollmanns wurde die Aussprache für gestern abgebrochen.

Der sozialdemokratische Parteitag beschloß auf Antrag des Vorstandsmittgliedes Vogel mit 256 gegen 138 Stimmen, über den Berliner Antrag, der die zweite Rate für den Banzerkreuzer ablehnt und für die Minister Fraktionsdisziplin verlangt, zur Tagesordnung überzugehen. Damit sind alle Anträge über den Banzerkreuzer und über die Zurückziehung der Minister erledigt.

### Englands Pläne in der Ostsee

Fast in jedem Sommer, wenn ein Besuch der englischen Flotte in den baltischen Gewässern angekündigt wird, erregt sich die russische Presse in Ungriffen gegen England, das seine Flotte nur in die baltischen Gewässer entsende, um so ungeführter kriegerische Maßnahmen gegen Rußland vorbereiten zu können. Auch diesmal bleiben derartige Kommentare nicht aus. Die „Wosta“ veröffentlicht eine längere sowjetrussische Erklärung, in der es heißt, daß der Besuch der englischen Streitkräfte zum Ziele habe, die Grundfragen kennen zu lernen, von denen aus ein Seekrieg geführt werden könnte. Das Zusammenarbeiten der englischen Marinekommandosstellen mit den Marinekommandos der baltischen Staaten sei das nächste Ziel dieser Besuchsreise. Eine Verstärkung der englischen Vorherrschaft in den baltischen Gebieten sei das Grundziel des englischen Besuches. Gegen solche Auffassung wendet sich der „Revaler Bote“, der diese Darstellung als geeignet bezeichnet, um den Rüstungsappell des Kongresses der Sowjets zu unterstreichen. Das Blatt bemerkt, daß in Moskau, dem alten russischen Sprichwort entsprechend, die Augen wieder einmal große Augen zu haben scheint.

### Ein kommunistischer Redakteur wegen Beleidigung des Generals von Epp verurteilt.

Das Gericht in München verurteilte den verantwortlichen Schriftleiter der kommunistischen roten Fahne, Karl Schraber, wegen Beleidigung des Generals von Epp zu zwei Monaten Gefängnis. In einem Artikel des Blattes war von dem „berühmtesten von Epp, dem Mörder bayerischer Arbeiter“, die Rede gewesen. Der Vorsitzende führte in der Begründung des Urteils aus, von Epp habe, als er im Auftrage der bayerischen Regierung die Exekution in München vornahm, eine schwere Pflicht erfüllt. Die Beleidigung habe ihn um so mehr verletzen müssen, als sie eine Wiederholung einer früheren Beleidigung darstelle. Bereits im vergangenen Sommer war der damalige verantwortliche Schriftleiter der roten Fahne wegen Beleidigung des Generals von Epp zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

### Entreffen König Aman Ullah in Bombay.

König Aman Ullah, Königin Guruya und Jnanot Ullah sind gestern nachmittag in Bombay eingetroffen und haben im Hotel Tolly-Mahal Wohnung genommen. Beim Einlaufen des Juges war der Bahnsteig streng abgesperrt. Nur die Vertreter der Behörden wurden zugelassen. Für die Königin, die binnen kurzem der Geburt eines Kindes entgegensteht, standen Ärzte und Pflegepersonal sowie ein Krankenwagen bereit, die aber nicht in Anspruch genommen wurden. Der König machte einen bescheidenen und ungeschickten Eindruck.